

Offene Worte

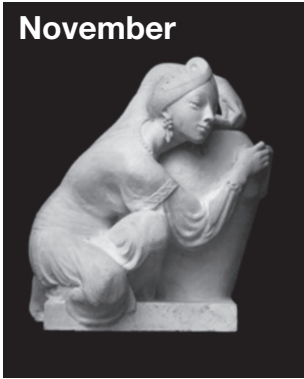
Online Nr. 65

Zeitung der LINKEN für den Barnim 18. Nov. 2020, 30. Jahrg.

Frauen-
geschichte(n)

Sara Josephine Baker

November



Am 15.11.1873 wurde Josephine in New York geboren. Ihre Eltern waren Quäker. Mit 16 Jahren entschied sie sich, Medizin zu studieren und eignete sich zu Hause Kenntnisse in Chemie und Biologie an. Sie schrieb sich am New York Infirmary Medical College ein, einer medizinischen Fakultät für Frauen. 1898 begann Josephine ein einjähriges Praktikum im New England Hospital für Frauen und Kinder in Boston, danach arbeitete sie als Ärztin. Als medizinischer Inspektor war ihre Devise, gesunde Menschen davon abzuhalten, krank zu werden – die Präventivmedizin war noch ganz am Anfang. Sie konzentrierte sich auf die Kindersterblichkeit in den Slums von New York, organisierte die Schulung der Mütter hinsichtlich der richtigen Babypflege, richtete Milchstationen ein, erfand eine Säuglingsnahrung, half bei der Vorbeugung gegen Kinderblindheit und setzte sich für die Lizenzierung von Hebammen ein. Ihr ist es zu verdanken, dass viele Schulen einen eigenen Arzt und eine Krankenschwester bekamen, wodurch viele Krankheiten eingedämmt werden konnten.

1917 promovierte Josephine. Ihr späteres Leben verbrachte sie mit I.A.R. Wylie, einer australischen Schriftstellerin und Drehbuchautorin. 1923 ging sie in den Ruhestand und schrieb ihre Autobiografie *Fighting For Life*, das einzige Zeugnis über ihr persönliches Leben. Sie war weiter aktiv, so als Vertreterin des Völkerbundes, von 1922 bis 1924 im Gesundheitskomitee der USA. Sie wurde Präsidentin der American Medical Women's Association. Baker starb am 22.02.1945 in New York City.

Gisela Zimmermann



In Ahrensfelde dominieren Einfamilien- und kleine Mehrfamilienhäuser. Im Hintergrund sind bereits die Hochhäuser des Berliner Bezirks Marzahn-Hellersdorf zu sehen. Dennoch wohnen in Ahrensfelde viele Familien zur Miete. Damit gehört die Gemeinde am Berliner Rand zu den Orten, in denen preiswerter Mietwohnraum zunehmend schwerer zu bekommen ist. Foto: bhop

Ahrensfelde beschließt Eilantrag zur Mietpreisbremse

LINKE: Die Mieten dürfen nicht ungebremst steigen/Verdrängung von Haushalten mit mittleren und niedrigen Einkommen befürchtet

Einen Eilantrag zur Verlängerung der Mietpreisbremse hat die Fraktion der LINKEN am 16. November in die Gemeindevertretung Ahrensfelde eingebracht. Diese bestätigte zuerst die Dringlichkeit und beschloss den Antrag dann einstimmig. Damit stellt die Gemeindevertretung fest, dass der Wohnungsmarkt in der Gemeinde weiterhin angespannt ist. Eine bedarfsdeckende Versorgung der Bevölkerung mit preiswertem Mietwohnraum ist erheblich erschwert.

Die Gemeindevertretung Ahrensfelde fordert deshalb die Landesregierung auf, die derzeit geltenden Maßnahmen zur Mietpreisbremse über den 31. Dezember hinaus zu verlängern. Nach jetzigem Stand enden sowohl die Mietpreisbegrenzungsverordnung sowohl die Kappungsgrenzenverordnung am Jahresende (siehe OWO vom 8. November 2020).

In den Jahren 2014 und 2016 setzte die damalige Rot-Rote Landesregierung des Landes Brandenburg die bundesgesetzlichen Beschlüsse zur Mietpreisbremse

in Landesrecht um. Dazu wurden vom Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung zuletzt die Kappungsgrenzenverordnung und die Mietpreisbegrenzungsverordnung erlassen. Die Kappungsgrenzenverordnung legt fest, dass in 30 Städten und Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt die Bestandsmieten in einem Zeitraum von drei Jahren um maximal 15 Prozent angehoben werden dürfen. Für Vermieter ist dies immer noch eine gute Rendite. Die Mietpreisbegrenzungsverordnung legt fest, dass in 31 Städten und Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt die Miete bei Neuvermietung maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete angesetzt werden darf.

Beide Verordnungen wurden 2018 bzw. 2019 verlängert, laufen jedoch zum 31.12.2020 aus. Die derzeitige Rot-Schwarz-Grüne Landesregierung teilte in der Fragestunde des Landtages am 24. September mit, dass bisher nicht über eine Fortsetzung der Maßnahmen entschieden worden ist.

Es sei denkbar, dass die Verordnungen nicht verlängert werden.

Die Gemeinde Ahrensfelde gehört seit 2014/2015 zum Geltungsbereich der Maßnahmen zur Mietpreisbremse. Falls die Landesregierung diese nicht verlängert, entfallen ab dem 01.01.2021 die oben genannten Beschränkungen bei der Erhöhung von Bestands- und Neuvermietungs-mieten. Damit drohen auch in unserer Gemeinde im kommenden Jahr erhebliche Mieterhöhungen, die zusätzliche Verdrängungseffekte insbesondere von Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen sowie eine dauerhafte Steigerung des allgemeinen Mietniveaus zur Folge haben können.

Der Bürgermeister von Ahrensfelde ist nun beauftragt, diesen Beschluss dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und dem Minister für Infrastruktur und Landesplanung umgehend zu übermitteln.

Christina Emmrich
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE
Ahrensfelde

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSDP: Sebastian Walter.

nächste OW am
22. November